



AUCH WENN PROPORZ FÄLLT: KRISE DER POLITIK WIRD BLEIBEN Landesumlage wird leider nicht abgeschafft

Das Proporzsystem – es sieht vor, dass Parteien ab einer bestimmten Stimmenanzahl automatisch in der Landesregierung vertreten sind – soll bis zu den nächsten Landtagswahlen abgeschafft werden. Für eine Änderung der Landesverfassung ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig, was eine Einigung von SPÖ und ÖVP in dieser Frage voraussetzt.

Obwohl beide Großparteien immer wieder Einigkeit beteuern, wenn es um das Abschaffen des Proporzsystems geht, scheinen doch Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihrer Absichten angebracht zu sein. In der Landtagssitzung im Mai verknüpfte ÖVP-Klubobmann Christopher Drexler einmal mehr die Frage der Abschaffung des Proporzsystems mit einer großen Verfassungsreform.

Drexler stellte, wohl wissend, dass die SPÖ hier nicht in allen Punkten konform geht, die Direktwahl der Bürgermeister und des Landeshauptmannes sowie eine Verkleinerung von Landesregierung und Landtag zur Diskussion.

Ernest Kaltenegger (KPÖ) bekannte sich zur Abschaffung des Proporzsystems. Der KPÖ-Klubobmann machte allerdings klar, dass mit dieser Maßnahme

allein die Politikverdrossenheit der Menschen kaum abnehmen werde. Kaltenegger: „Die Krise der Politik hängt mit den immer geringer werdenden Gestaltungsmöglichkeiten der Politik zusammen, weil alles auf Fragen der Wirtschaft reduziert wird!“ Damit würden die Parteien austauschbar. Politik müsse mehr sein, als nur die Vorgabe von Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Werner Murgg (KPÖ) nannte die Direktwahl der Bürgermeister „eine demokratiepolitische Mogelpackung“, da dadurch die Gemeinderäte abgewertet würden. Auch die Grünen wollen den Proporz lieber heute als morgen abgeschafft wissen.

Verschlechterungen bei Kinderbetreuung

Auf der Tagesordnung des Landtags stand auch die Änderung des Kinderbetreuungs- und Kinderbetreuungs-Förderungsgesetzes. Das Betreuungsgesetz regelt unter anderem die mögliche Höchstzahl der Kinder pro Gruppe. Hier kommt es nun zu einer Erhöhung. Mehr Kinderbetreuungsplätze werden zum Preis größerer Gruppen bei

gleicher Betreuerinnenzahl verkauft. Das wird klarerweise auf die Qualität der Betreuung Auswirkungen haben. Das Betreuungs-Förderungsgesetz regelt die Zuschüsse des Landes an die Kindergartenbetreiber. Renate Pacher (KPÖ): „Die Zuschüsse des Landes müssten längst erhöht werden. Viele Betreiber können ältere Dienstnehmer auf Grund deren höherer Bezahlung kaum mehr beschäftigen!“

Landesumlage

Ein Antrag der KPÖ, die von den Gemeinden an das Land zu entrichtende Landesumlage abzuschaffen, wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Ernest Kaltenegger (KPÖ) argumentierte, dass immer mehr Gemeinden sich kaum mehr in der Lage sehen, die an sie gerichteten Aufgaben finanziell zu bewältigen. Finanzielle Belastungen der Gemeindebürgerinnen und -bürger seien die Folge. Dazu Erwin Dirnberger (ÖVP): „Ich bin mit dem Anliegen der Kommunisten grundsätzlich einverstanden.“ Allerdings könne das Land auf diese Abgabe derzeit nicht verzichten.



Hilfe für Mieter

Sanktionsmöglichkeit sorgt für mehr Rechtssicherheit.

Ohne Wohnbeihilfe ist für viele Steirerinnen und Steirer die Wohnung nicht bezahlbar. Um die Beihilfe zu bekommen, braucht man eine „Wohnungsaufwandsbestätigung“, die vom Vermieter zu unterzeichnen ist. „Leider kommt es immer wieder vor, dass diese Bestätigung verweigert wird“, kritisiert KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger. Um derlei Schikanen zu verhindern, stellte die KPÖ im Landtag den Antrag, solche unseriösen Vermieter mit Sanktionen zu belegen.

Immerhin, so Kaltenegger, sind die Mieter sonst vom Bezug der Wohnbeihilfe ausgeschlossen, auch wenn sie alle sonstigen Erfordernisse erfüllen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Kaltenegger: „Die betroffenen Mieter stehen durch diese Verweigerung schuldlos vor großen finanziellen Problemen. Sie sind diesen Willkürakten hilflos ausgeliefert.“ Deshalb sei eine Sanktionsmöglichkeit per Gesetz wichtig.